

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

## **Barmstedter Erklärung – zu den Konsequenzen der Silvesternacht 2016**

*Antragsteller: Landesvorstand, Thorben Schütt, KV Dithmarschen, KV Plön, KV Ostholstein*

Die erschreckenden Ereignisse in der Neujahresnacht 2016 in mehreren deutschen Großstädten machen sprachlos und betroffen. Besonders erschreckend sind dabei der Polizeibericht und die Zeugenaussagen. Berichte über Gassen, durch die schikanierte Frauen gedrängt wurden, und hilflose Polizisten, die nicht zu Opfern durchdringen konnten, machen ratlos. Wie ist es möglich, dass sich solche Szenen in Deutschland abspielen können? Erinnern sie doch an die grausigen Fernsehbilder vom Tahrir-Platz in Kairo, der während des arabischen Frühlings durch organisierte, sexuelle Übergriffe auf Frauen zu trauriger Berühmtheit gelangte.

Die Vorkommnisse sind dabei auch das Ergebnis einer auf Sparflamme laufenden inneren Sicherheitspolitik, die auf eine für die Behörden extrem fordernde Flüchtlingspolitik trifft. Die große Mehrbelastung der Bundespolizei an den deutschen Außengrenzen, aber auch der Landespolizeien durch die Ausschreitungen in Flüchtlingsheimen, sowie rechtsextreme Protestaktionen und Brandstiftungen, stehen im krassen Gegensatz zum Abbau der Polizeikräfte in vielen Bundesländern. Das erwartbare Zusammenspiel sind die Ereignisse in Köln: Der Polizei fehlt Personal an allen Ecken und Kanten. Beispielhaft dafür ist, dass die Beamten der Bundespolizei, die eigentlich im Kölner Bahnhof die Kräfte verstärken sollten, an der österreichischen Grenze eingesetzt sind.<sup>1</sup> Im Akkord. Seit einem Jahr.

Aber auch der Landespolizei fehlte es am Abend an Mannstärke. Eine angeforderte Hundertschaft wurde nicht bewilligt, um Kräfte zu schonen. Auch hier: Festgenommene Personen konnten auf Grund fehlender Kapazitäten nicht abtransportiert werden, sondern mussten vielmehr wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Zu Opfern, die nur wenige Meter entfernt um Hilfe flehten, gab es auf Grund der riesigen Massen kein Durchdringen. Das alles geht aus dem veröffentlichten Polizeibericht hervor.

Dieser widerspricht zudem deutlich den Schilderungen des nordrhein-westfälischem Innenministers Jäger und des mittlerweile abgesetzten Polizeipräsidenten Albers. Dem Polizeipräsidenten wurde unter anderem vorgeworfen, die Öffentlichkeit nach den Übergriffen nicht rechtzeitig informiert zu haben und Informationen - unter anderem über die Herkunft der Verdächtigen - zurückgehalten zu haben. Dieser hatte in einer der Pressekonferenzen noch dementiert, dass Flüchtlinge überhaupt am Geschehen beteiligt gewesen seien. Diese Darstellungen mussten schließlich durch anonyme Whistleblower der beteiligten Polizeikräfte richtiggestellt werden. Es ist unfassbar, dass nachdem über die Ereignisse in Köln sowieso erst zeitversetzt berichtet wurde, dann auch auf Pressekonferenzen falsche und völlig unzureichende Informationen verbreitet wurden.

Dabei ist es genau dieses Vorgehen, das den Rechtsextremismus in seinen Annahmen zwischen Lügenpresse und Schweigekartell bestärkt. Genau diese Umstände sind es, die Menschen in die Arme von AfD und NPD

---

<sup>1</sup> <http://www.rp-online.de/politik/koeln-wolfgang-albers-geht-taetersuche-wird-fortgesetzt-aid-1.5679458>

39 treiben. Es muss möglich sein, unter Flüchtlingen solche Menschen herauszufiltern, die nicht  
40 integrationswillig und – fähig sind und ihr Recht auf Asyl verwirkt haben. Nicht zuletzt sind wir es auch der  
41 großen Masse an Schutzsuchenden schuldig, die sich nichts zu Schulde kommen lassen. Sie leiden am  
42 meisten an den Vorurteilen, die dadurch entstehen, dass Wahrheiten verschleiert und eine verfehlte Politik  
43 gedeckt wird. Wer das Grundrecht auf Asyl schützen will, muss es auch gegen diejenigen verteidigen, die es  
44 beanspruchen und dann die Grundregeln unseres Zusammenlebens missachten. Schonungslos.

45

46 Schließlich zeigt die Silvesternacht nur die Symptome auf. Rechtsfreie Räume in Deutschland sind ein  
47 ignoriertes Problem. Ein Geschwür, das sich nun auszubreiten droht, nachdem es viel zu lange geduldet  
48 wurde.

49

50 Und diese Duldung von Straftaten, dieses lasche Durchgreifen des Rechtsstaates kann nur zu Ergebnissen  
51 führen, wie wir sie schon länger beobachten können. Es geht dabei nicht nur um Kapitaldelikte, so beklagt  
52 der Bund der Kriminalbeamten (BDK) seit längerem eine zu milde Bestrafung immer wieder auffallender  
53 Täter. Mit nordafrikanischen Tätern gebe es seit Jahren Probleme, besonders im Bereich Taschendiebstahl,  
54 Ladendiebstahl, Kfz-Aufbruch, Einbruch und Raub, sagte der Kölner BDK-Bezirksvorsitzende Rüdiger Thust  
55 im ZDF. "Diese Täter sind bekannt, sie arbeiten arbeitsteilig, sie arbeiten sehr gewalttätig, werden immer  
56 wieder festgenommen, immer wieder laufengelassen - und das ist unser Problem." Der Rechtsstaat muss  
57 zeigen, dass es ein Gewaltmonopol gibt. Dieses muss im Zweifelsfall strafrechtlich mit harter Hand  
58 durchgesetzt werden. Das bedeutet auch, dass beschleunigte Abschiebeprozesse unerlässlich sind, um der  
59 Lage überhaupt Herr zu werden.

60

61 All diese Maßnahmen sind notwendig, um die Bevölkerung aber auch die Flüchtlinge zu schützen. Wenn dies  
62 nicht geschieht, sind ein weiteres Erstarken rechtsextremer Kräfte und eine weitere Spaltung der  
63 Gesellschaft unvermeidbar.

64

65 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:**

66

- 67 - Eine deutliche personelle Stärkung der Polizei in der Fläche und eine damit einhergehende  
68 gesteigerte Präsenz von Beamten und Ausweitung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum.
- 69 - Die Wiederherstellung des Vertrauens in den Staat durch die lückenlose Aufklärung der Ereignisse  
70 nicht nur in Köln sondern auch in anderen deutschen Großstädten mit den entsprechenden  
71 personellen Konsequenzen.
- 72 - Ein härteres Durchgreifen im Bereich der organisierten Bandenkriminalität sowie ein verstärkter  
73 Kampf um die Sicherheit in rechtsfreien Räumen in Deutschland.
- 74 - Die Verkürzung von Abschiebeprozessen. Dabei muss auch möglich sein, verurteilte Täter bereits im  
75 Bereich von Bewährungsstrafen mit sofortiger Wirkung auszuweisen.

76